

## ANTRAG

der Abgeordneten Cerwenka, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kadenbach, Kautz, Kernstock, Mag. Leichtfried, Mag. Motz, Prof.Dr. Nasko, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Sacher, Thumpser, Vladyka und Weninger

### **betreffend Schaffung eines Fonds zur Refundierung von Einkommensverlusten durch Beteiligung an überregionalen Feuerwehreinsätzen**

Die Struktur der Feuerwehr basiert in Österreich auf dem System der Freiwilligkeit. Pro Jahr werden in Niederösterreich von den 1.664 Freiwilligen Feuerwehren und 79 Betriebsfeuerwehren rund 60.000 Einsätze durchgeführt. Besonders die dramatische Notlage im Zusammenhang mit dem Hochwasser im Jahr 2002 hat deutlich gemacht, wie sehr die Feuerwehrorganisationen vom Fortbestand der Freiwilligkeit abhängig sind.

Um für alle unselbstständig Erwerbstätigen die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Teilnahme insbesondere an überregionalen Feuerwehreinsätzen zu schaffen, sollte ein Landesfonds errichtet werden, der ArbeitnehmerInnen finanzielle Absicherung gewährleistet, da es gerade bei Katastrophen- und Großeinsätzen immer häufiger zu Problemen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die bei Einsätzen ihre Hilfsbereitschaft unter Beweis stellen, kommt.

Freiwilligen soll für durch überregionale Einsätze verursachte, nachgewiesene Lohnkürzungen daraus ein Ersatz geleistet werden. Dies kann entweder durch Zahlung an die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber erfolgen oder direkt an die Arbeitnehmerin/den Arbeitnehmer.

Bereits im Jahr 2000 wurde auf sozialdemokratische Initiative vom Niederösterreichischen Landtag ein Antrag beschlossen, der unter anderem die Vermeidung von persönlichen Einkommensverlusten der am Einsatz Beteiligten zum Inhalt hatte. In Beantwortung des damaligen Resolutionsantrages wurde vom Finanzminister darauf verwiesen, dass die von der Landeshauptleutekonferenz im Oktober 2001 geforderte Anhebung der Feuerschutzsteuer von 8% auf 10% zur besseren Finanzierung des Feuerwehrwesens - womit auch die Finanzierung eines solchen Fonds erreicht werden könnte – nicht vorgesehen sei. Auch die Maßnahmen der verschiedenen Etappen der Steuerreform brachten für das Feuerwehrwesen keine Besserstellung. Es

besteht daher nach wie vor dringender Handlungsbedarf, die Rahmenbedingungen für das NÖ Feuerwehrwesen zu verbessern.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den

### **A n t r a g :**

Der NÖ Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung einen Landesfonds einzurichten, der unselbstständig Erwerbstätigen, welche an einem überörtlichen Einsatz einer Freiwilligen Feuerwehr teilnehmen, einen Ersatz für die durch den Einsatz nachgewiesene Lohnkürzung leistet.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.